

**Antrag 72/II/2023**  
**AG Migration und Vielfalt SPD**  
**Brandenburg**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme (Konsens)**

**Frühzeitige Integration in ehrenamtliche Arbeit fördern**

1 Die SPD-Landtagsfraktion und  
2 die SPD-geführte Landesregie-  
3 rung werden gebeten, sich dafür  
4 einsetzen, dass Flüchtlingen früh-  
5 zeitig Angebote gemacht werden,  
6 sich ehrenamtlich zu engagieren.  
7 Dies fördert nicht nur die soziale  
8 Integration, sondern bietet auch  
9 eine sinnstiftende Beschäftigung.

10

11 **Begründung**

12 Das stärkere Angebot von ehren-  
13 amtlicher Arbeit fördert die so-  
14 ziale Integration und bietet eine  
15 sinnstiftende Beschäftigung aus  
16 folgenden Gründen:

17 1. Gesellschaftliche Inte-  
18 gration: Die ehrenamtli-  
19 che Arbeit ermöglicht es  
20 Flüchtlingen, aktiv an der  
21 Gestaltung ihrer neuen Ge-  
22 meinschaft teilzunehmen.  
23 Dies fördert den sozialen  
24 Zusammenhalt und das  
25 gegenseitige Verständnis  
26 zwischen verschiedenen  
27 Bevölkerungsgruppen und

- 28 trägt zur Integration bei.
- 29 2. Stärkung des Gemein-  
30 schaftsgefühls: Die Teil-  
31 nahme an ehrenamtlichen  
32 Aktivitäten ermöglicht es  
33 den Geflüchteten, Kon-  
34 takte zu Einheimischen  
35 zu knüpfen und in soziale  
36 Netzwerke eingebunden  
37 zu werden. Dies trägt zur  
38 Reduzierung von Isolation  
39 und zur Förderung des  
40 Gemeinschaftsgefühls bei.
- 41 3. Spracherwerb und kulturel-  
42 ler Austausch: Durch die eh-  
43 renamtliche Arbeit haben  
44 Flüchtlinge die Möglichkeit,  
45 die Landessprache zu erler-  
46 nen und kulturelle Aspek-  
47 te des Gastlandes zu verste-  
48 hen. Gleichzeitig können sie  
49 ihre eigenen kulturellen Er-  
50 fahrungen und Fähigkeiten  
51 teilen, was zu einem inter-  
52 kulturellen Austausch führt.
- 53 4. Entlastung von Unter-  
54 stützungssystemen: Die  
55 frühzeitige Integration in  
56 ehrenamtliche Arbeit kann  
57 dazu beitragen, die Ab-  
58 hängigkeit von staatlichen  
59 Unterstützungsleistun-  
60 gen zu verringern und  
61 die Selbstständigkeit der

62 Geflüchteten zu fördern. |